

Schweizerische Hochschulkonferenz

E-Mail an: [isabella.brunelli@sbfi.admin.ch](mailto:isabella.brunelli@sbfi.admin.ch)

Bern, 16. Mai 2019 - MSH

**Anhörung zur Verordnung des Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen**

Sehr geehrte Frau Studinger

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, zur Verordnung des Hochschulrates über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen Stellung zu nehmen. Als Organisation der Arbeitswelt, die sich sowohl im akademischen als auch im berufsbezogenen Tertiärsektor engagiert, bringen wir der Verordnung grosses Interesse entgegen.

**1. Vorbemerkung**

hotelleriesuisse ist das Kompetenzzentrum für die Schweizer Beherbergungsbranche und vertritt als Unternehmerverband die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Seit 1882 steht hotelleriesuisse gemeinsam mit seinen rund 3'000 Mitgliedern, davon über 2'000 Hotelbetriebe, für eine qualitätsbewusste und vorausschauende Schweizer Beherbergungswirtschaft. Allein die klassische Hotellerie, als standortgebundene Exportbranche und Rückgrat des Tourismus, erwirtschaftet einen jährlichen Umsatz von über 7,5 Mrd. Franken und beschäftigt knapp 80'000 Mitarbeitende. Gemäss Satellitenkonto 2017 erzielt der Tourismus mit einer Nachfrage von 44 Mrd. Franken eine direkte Bruttowertschöpfung von über 18 Mrd. Franken – was einem Anteil von 2,9 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen direkten Bruttowertschöpfung der Schweiz entspricht. Der Tourismus gehört zudem zu den fünf wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Die Mitgliederbetriebe von hotelleriesuisse verfügen über zwei Drittel des diesbezüglichen Schweizer Bettenangebotes und generieren damit rund drei Viertel der entsprechenden Logiernächte. Als Dachverband von 13 regionalen Verbänden ist hotelleriesuisse in allen Landesteilen und Sprachregionen präsent und beschäftigt rund 100 Mitarbeitende.

Die Bildung für das Gastgewerbe ist ein zentrales Tätigkeitsfeld von hotelleriesuisse. Neben dem Angebot von neun verschiedenen beruflichen Grundbildungsberufen, einige davon in den Schulhotels von hotelleriesuisse, pflegen wir eine enge Beziehung zu den höheren Fachschulen für die Branche. hotelleriesuisse ist Gründerin der Hotelfachschule Thun und Minderheitsaktionärin der Swiss School of Tourism and Hospitality in Passugg. Auch die Ecole Hôtelière de Lausanne (Fachhochschule) wurde von hotelleriesuisse gegründet. Wir sind

zudem einer der drei Trägerverbände der Bildungs-OdA Hotel & Gastro *formation*, die Prüfungsträgerin und Anbieterin diverser Ausbildungen ist, die zu einem eidgenössischen Diplom respektive zu einem eidgenössischen Fachausweis führen. Jedes Jahr gibt es in der Branche ca. 3'200 Lehrabschlüsse, ca. 800 Abschlüsse der höheren Berufsbildung, sowie ca. 600 Hochschulabschlüsse.

## 2. Anmerkungen zur Ausgangslage

Als Gründerin der Ecole Hôtelière de Lausanne, die mit der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) assoziiert ist, ist es hotellerieusuisse ein Anliegen, dass die schweizerischen Hochschulen sowohl untereinander sowie mit ihrem europäischen Umfeld koordiniert sind. Aufgrund unserer Verbindung mit Anbietern von Bildungsgängen HF, einem Nachdiplomstudium HF sowie Vorbereitungskursen für eidg. Prüfungen ist es uns ebenfalls wichtig, dass die einzelnen Bildungsangebote klar positioniert und mit gut verständlichen Bezeichnungen und Titeln versehen sind. Aktuell beobachten wir in diesem Punkt eine wachsende Unübersichtlichkeit. Hochschulen bieten vermehrt Vorbereitungskurse für die eidgenössischen Prüfungen und damit Abschlüsse der höheren Berufsbildung an. Die Weiterbildungsangebote expandieren, ohne dass Klarheit über die wissenschaftlichen Anforderungen bei Zulassung oder Qualifikation besteht.

## 3. Anmerkung zu den einzelnen Punkten der Vorlage und des erläuternden Berichts

- Art.4 (Gliederung des Weiterbildungsangebots)

Gemäss der Einleitung des Kommentars liegt der erklärte Zweck der Verordnung darin, die bis anhin separaten Bologna-Richtlinien für universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen in einem einzigen Erlass zusammenzuführen. Vor diesem Hintergrund ist es widersprüchlich, dass die Verordnung einen Artikel zu spezifischen Weiterbildungsabschlüssen enthält, die sich ausserhalb des Bologna-Prozesses bewegen und in den aktuellen, separaten Richtlinien nicht zu finden sind. Die Weiterbildung gehört dem nicht reglementierten Bereich der non-formalen Bildung an, für den das Weiterbildungsgesetz (WeBiG) der relevante Erlass ist. Die völlig offene Ausweitung auf «sonstige Weiterbildungsangebote» in Artikel 4 lit. b demonstriert selbst, dass dieser Artikel keine klaren Vorgaben zu einer «Gliederung» des Weiterbildungsangebots an den Hochschulen leistet. Sinn und Funktion dieses Artikels sind daher fraglich.

Die Artikel 4 behandelten Weiterbildungsangebote richten sich vornehmlich an berufstätige Personen, bewegen sich aber zugleich im Rahmen der Hochschulen, deren Alleinstellungsmerkmal als Bildungsinstitutionen in ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung liegt. Dennoch umfasst der Artikel keinerlei Angaben zu den (akademischen) Anforderungen, welche diese Hochschul-Weiterbildungsangebote oder ihre Teilnehmenden zu erfüllen haben. Dieses Vakuum erlaubt es den Hochschulen, sich Angebote zu eigen zu machen, die eigentlich zur höheren Berufsbildung gehören. Dies widerspricht Art. 3 lit.i HFKG. Zu den dort genannten Zielen des Bundes im Rahmen der Zusammenarbeit im Hochschulbereich gehört die «Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen bei Dienstleistungen und Angeboten im Weiterbildungsbereich von Institutionen des Hochschulbereichs gegenüber Anbietern der höheren Berufsbildung».

Soll die Weiterbildung trotz der erklärten Ausrichtung der Verordnung auf die Bologna-Richtlinien in der Verordnung Erwähnung finden, ist der Text des Artikels durch einen neuen Artikel «Anforderungen an hochschulische Weiterbildungsangebote» zu ersetzen. Dieser sollte nicht auf (spezifische oder unspezifische) Angebotsformen eingehen, sondern wissenschaftliche Mindeststandards beschreiben.

- Art. 5 bis 9 (Zulassung)

Art. 8 soll gemäss Kommentar die Aufgabe erfüllen, die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen beim Übergang vom Bachelor zum Master zu regeln. Dieses Thema ist für uns von grossem Interesse, denn Absolventinnen und Absolventen der EHL stossen immer wieder auf Schwierigkeiten, an anderen schweizerischen Hochschulen zu Master-Studiengänge in verwandten Fachrichtungen (z.B. Wirtschaft, vgl. Konkordanzliste) Zulassung zu finden. Dies ist umso unverständlicher, als dieselben Absolventinnen und Absolventen an angesehenen ausländischen Hochschulen auf keine solchen Hürden stossen.

Eine transparente Regelung der Durchlässigkeit ist also dringend wünschenswert. Leider ist Art. 8 nicht geeignet, diese zu schaffen. Absatz 1 sagt aus, dass die Inhaber/-innen eines Bachelorabschlusses gemäss den Vorgaben der Konkordanzliste an einer Hochschule eines anderen Typs zum Masterstudium entsprechender fachlicher Ausrichtung «zugelassen werden». Dieser Mechanismus entspricht – wie die Erfahrungen der erwähnten Absolventen/-innen zeigen – jedoch nicht der Realität und wird dann auch von Absatz 2 effektiv ausser Kraft gesetzt, da dieser es der aufnehmenden Institution überlässt, eigene Aufnahmebedingungen zu stellen.

Falls die Konkordanzliste einen Zulassungsspielraum abstecken soll, wie es der Kommentar nahelegt («legt fest, mit welchem Bachelorstudium ein Wechsel... überhaupt möglich ist»), muss dies auch aus dem Text der Verordnung klar hervorgehen.

Darüber hinaus muss die Verordnung nachvollziehbar machen, aufgrund welcher anderen Mindestanforderungen Bachelor-Absolventen/-innen in das Masterstudium einer verwandten Fachrichtung aufgenommen werden oder nicht. Sämtliche schweizerischen Fachhochschulen, Universitäten und anderen Institutionen des Hochschulbereichs gemäss HFKG sind zum Durchlaufen eines Akkreditierungsprozesses verpflichtet. Dass dennoch fundamentale, mit der Durchlässigkeit unvereinbare Unterschiede zwischen den «Learning Outcomes» und Studienplänen der einzelnen Bachelor-Abschlüsse derselben Fachrichtung erwartet werden, stellt die Tauglichkeit der Akkreditierung als Instrument der Qualitätssicherung infrage.

Falls die Verordnung auch die Weiterbildung behandeln soll, ist, wie oben erwähnt, ein Artikel zu ergänzen, der die Anforderungen für eine Zulassung zu hochschulischen Weiterbildungsangeboten regelt, inklusive klar definierter Bedingungen für allfällige Aufnahmen sur dossier.

#### Art. 9 (Zulassung zum Doktoratsstudium)

Mit Bezug auf den Kommentar zur Verordnung befürwortet hotelleriesuisse, dass die Zulassung zum Doktoratsstudium auch Kandidatinnen mit ausserordentlichen Begabungen offensteht. Die Förderung des weiblichen Wissenschaftsnachwuchses ist wichtig für einen starken Forschungsplatz Schweiz.

#### 4. Zusammenfassung

hotelleriesuisse begrüsst die Zusammenführung der Bologna-Richtlinien in einem einzigen Erlass. Als nicht zielführend erachten wir jedoch die Einbindung von Abschlüssen des nicht reglementierten Weiterbildungsbereiches, insbesondere ohne zugehörige wissenschaftliche Mindeststandards zu nennen. Der Bereich der höheren Berufsbildung darf nicht durch

Wettbewerbsverzerrungen beeinträchtigt werden. Des Weiteren fordern wir eine faire und transparente Regelung der Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen beim Übergang zwischen Bachelor und Master, bei der die Qualitätssicherung des Akkreditierungsverfahrens gebührend berücksichtigt wird.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Position. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Claude Meier  
Direktor



Dr. Ueli Schneider  
Leiter Bildung  
Mitglied der Geschäftsleitung

Kontakt: Miriam Shergold  
Verantwortliche Bildungspolitik  
miriam.shergold@hotelleriesuisse.ch  
031 370 42 61